

Bundesfachschaftentagung 2016

Gutachten

Workshop 1

Studienbedingungen

Jan Möller (Universität Hamburg)

Laura Herbster (Universität Hamburg)

Thielo Groth (Universität Hamburg)

Victoria Behrendt (Universität Hamburg, KubA-Mitglied)

Florian Wolf (Universität Hamburg)

Dana-Sophia Valentiner (Universität Hamburg)

Alyssa Doepmann (Universität Frankfurt Oder, KubA-Mitglied)

Ralf Borchers (Universität Münster, KubA-Mitglied)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Bildungsgerechtigkeit im Studium.....	3
Bildungsabschlüsse in Deutschland allgemein	3
Soziale Herkunft der Studierenden	4
Bildungsherkunft nach Migrationsstatus	7
Bildungsschwellen im Studium	8
Hochschulzugangsberechtigung.....	8
Studium und Arbeit	8
Auslandsstudium	9
Ortsbedingte Unterschiede:	9
Ost- West-Vergleich	9
Strukturschwache gegenüber strukturstarken Bereichen	10
Lösungsansätze zur Problematik Bildungsgerechtigkeit.....	11
Finanzielle Situation im (Jura)Studium	13
Staatsexamen als Mutprobe – Prüfungsangst und Medikamentenmissbrauch	16
Diskriminierung und Gleichstellung – Fallgestaltung und Schlüsselkompetenzen.....	22
1. Diskriminierende und stereotype Sachverhalte.....	22
2. Antidiskriminierung und Ungleichheitskompetenzen als Studienbestandteile	24
B. Unser Fazit	25

Einleitung

Dass sich das Leben der Jurastudierenden zum Glück nicht nur um ihr fachliches Studium dreht, wissen wir alle nur zu gut. Allerdings haben wir uns bisher noch wenig mit der „sozialen Seite“ des Studiums beschäftigt. Das möchten wir dieses Jahr mit diesem Workshop tun. Wie ist die soziale Zusammensetzung in unserem Studiengang und welche Anforderungen ergeben sich daraus? Inwiefern ist die soziale Zusammensetzung bei der Studienfinanzierung und beim Studienverlauf von Bedeutung? Macht das Examen „krank“? Was ist Bildungsgerechtigkeit und was können wir als Fachschaften dafür tun? Was können wir tun um Diskriminierungserfahrungen zu minimieren und der Verfestigung von Stereotypen entgegen zu wirken?

Bereits die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" von 1948 schreibt das Recht auf Bildung als Menschenrecht fest. Ausgelöst durch eine breite Gesellschaftliche Reformstimmung, den „*Sputnikschock*“ und andere Faktoren, gibt es auch in Deutschland seit den 1960er und 1970er Jahren verstärkt Versuche, Chancengleichheit im Bildungssystem herzustellen. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass durch die bestehenden Verhältnisse die Fähigkeiten von vielen Menschen nicht optimal entwickelt werden. Ansätze zur Förderung dieser *Bildungsreserve* waren beispielsweise die Abschaffung der Studiengebühren und die Einrichtung von Lernmittelfreiheit oder das BAföG. Dennoch entscheidet in kaum einem anderen Industriestaat die sozio-ökonomische¹ Lage der Eltern so sehr über die Bildungschancen, wie in Deutschland.²

Gerade in unserem Fach, das sich mit der Anwendung des Rechts beschäftigt, ist es von besonderer Bedeutung sich mit den unterschiedlichsten Lebensverhältnissen auseinander zu setzen und dafür eine Reflexionsfähigkeit zu entwickeln. Denn wer andere Lebenserfahrungen gemacht hat, ordnet juristische Sachverhalte anders ein und bewertet sie gegebenenfalls anders. Das kennen wir alle aus dem Studium. Der große liberale Philosoph und u.a. Leiter der London School of Economics, Ralf Dahrendorf, merkte einst in diesem Zusammenhang an, „dass in unseren Gerichten die eine Hälfte der Gesellschaft über die ihr unbekannte andere Hälfte zu urteilen befugt ist.“³

Dieses Gutachten soll daher einen Überblick über die aktuelle Situation der Bildungsgerechtigkeit in der juristischen Ausbildung geben und deren Ursachen

¹ die **sozioökonomische Herkunft** bezeichnet ein Bündel von Merkmalen menschlicher Lebensumstände. Dazu gehören beispielsweise, formale Bildung und Schulabschluss, Ausbildung und Studium, Beruf und Einkommen, kulturelle Praxis: Besuche in Theatern und Museen, Wohnort und Eigentumsverhältnisse, Liquidität und Kreditwürdigkeit.

² <https://www.bmbf.de/de/internationale-vergleichsstudien-1229.html> (Stand: 07.05.2016).

³ DER SPIEGEL 39/1972, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42842897.html>(Stand: 07.05.2016).

erforschen um auf der Bundesfachschaftentagung des BRF 2016 hieraus gemeinsame Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu entwickeln.

Bildungsgerechtigkeit im Studium

Nach wie vor ist Bildungsgerechtigkeit im Sozialstaat Deutschland ein wichtiges Thema. Gerade bei Studierenden der Rechtswissenschaft sollte ein Interesse an der Problematik geweckt werden. Ein Ziel sollte sein, dass sich Fachschaften noch mehr mit der Bildungsgerechtigkeit im Studium auseinandersetzen. Im Folgenden haben wir Daten, Schlussfolgerungen aus diesen und Lösungsansätze herausgearbeitet, die sich auf die Thematik beziehen.

Bildungsabschlüsse in Deutschland allgemein

Zum besseren Verständnis hier vorab einen Überblick über die Verteilung der Bildungsabschlüsse in Deutschland allgemein.

Bevölkerung nach Bildungsabschluss in Deutschland¹

Bildungsabschluss	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ²	2014 ²
	%						
Bevölkerung insgesamt ^{3,4}	100	100	100	100	100	100	100
Nach allgemeiner Schulausbildung							
Noch in schulischer Ausbildung	3,8	3,7	3,5	3,8	3,7	3,7	3,7
Haupt-(Volks-)schulabschluss	39,3	38,4	37,0	36,3	35,6	34,7	33,8
Abschluss der polytechnischen Oberschule	6,6	6,5	7,1	7,1	6,9	7,0	6,9
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	21,1	21,4	21,7	21,8	22,1	22,3	22,7
Fachhochschul- oder Hochschulreife	24,4	25,3	25,8	26,6	27,3	27,9	28,8
Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Ohne allgemeinen Schulabschluss ⁵	3,9	3,9	4,1	3,8	3,8	3,8	3,6
Nach beruflichem Bildungsabschluss							
Lehre/Berufsausbildung im dualen System ⁶	50,8	50,4	50,2	50,2	49,9	50,0	49,3
Fachschulabschluss ⁷	5,8	6,1	6,4	7,5	7,5	7,3	7,1
Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR	1,2	1,3	1,3	1,3	1,1	1,0	1,0
Fachhochschulabschluss ⁸	5,0	5,1	5,0	4,9	5,1	5,3	:
Hochschulabschluss	7,0	7,4	7,5	7,2	7,8	8,3	:
Bachelor	:	:	:	:	:	:	1,3
Master	:	:	:	:	:	:	0,8
Diplom ⁹	:	:	:	:	:	:	12,7
Promotion	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Ohne beruflichen Bildungsabschluss ¹⁰	28,2	27,8	27,8	27,0	26,7	26,2	25,8

¹ Ergebnis des Mikrozensus. - Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

² Die Ergebnisse wurden auf einen neuen Hochrechnungsrahmen umgestellt. Grundlage hierfür sind die aktuellen Eckzahlen der laufenden Bevölkerungsfortschreibung, die auf den Daten des Zensus 2011 (Stichtag 09.05.2011) basieren.

Soziale Herkunft der Studierenden

Weichenstellungen in Richtung Studium erfolgen schon während der Schulzeit:

Im Jahr 2009 war die Wahrscheinlichkeit, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen, für Kinder von Akademiker*innen (79 %) 1,8 Mal so hoch wie für Kinder von Nicht-Akademiker*innen (43 %).

Unter der Berücksichtigung beider Zugangswege in ein Hochschulstudium (berufliche Schule und gymnasiale Oberstufe) beginnen von den **Kindern aus einer nicht-akademischen Herkunftsfamilie 23 % ein Studium**. Dieser Anteil ist bei den Kindern von Akademiker(innen) mit 77 % 3,3 Mal so hoch (siehe Bild 3.27).⁴

Bild 3.27 Bildungstrichter 2009: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach Bildungsstatus im Elternhaus in %

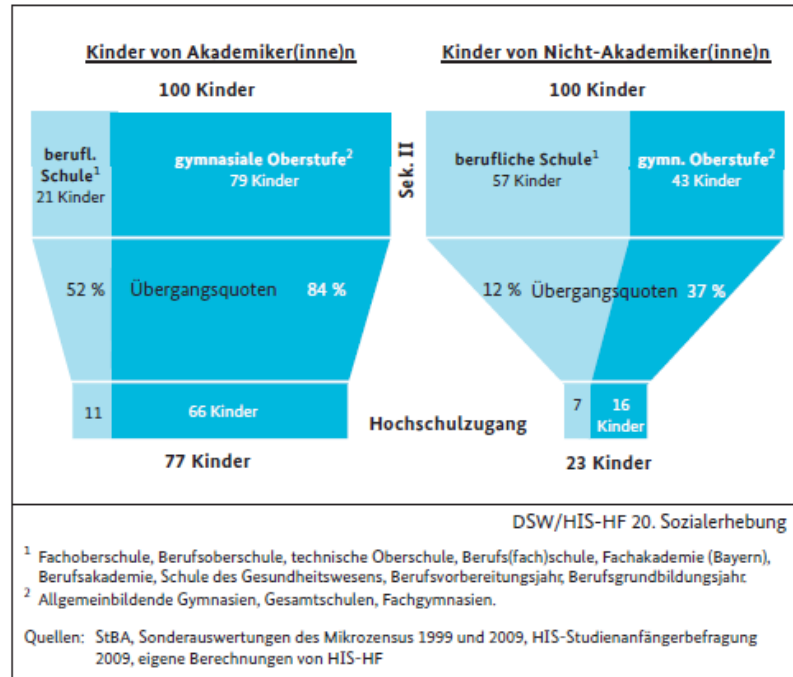
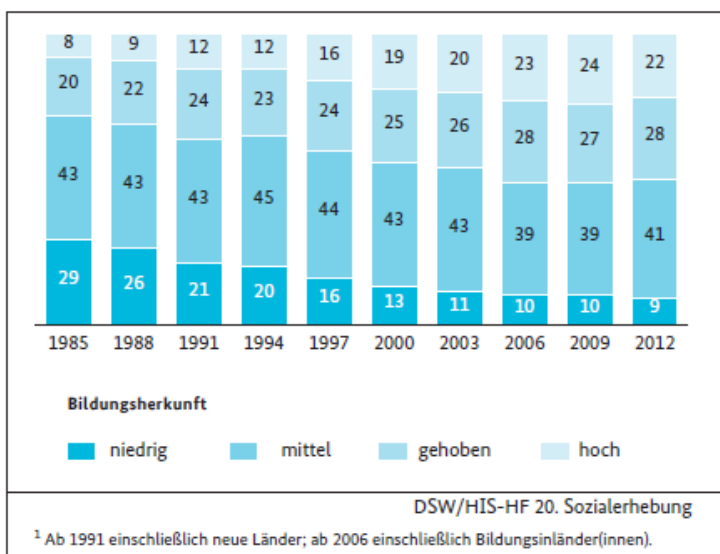


Bild 3.14 Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Bildungsherkunft 1985 - 2012¹ in %

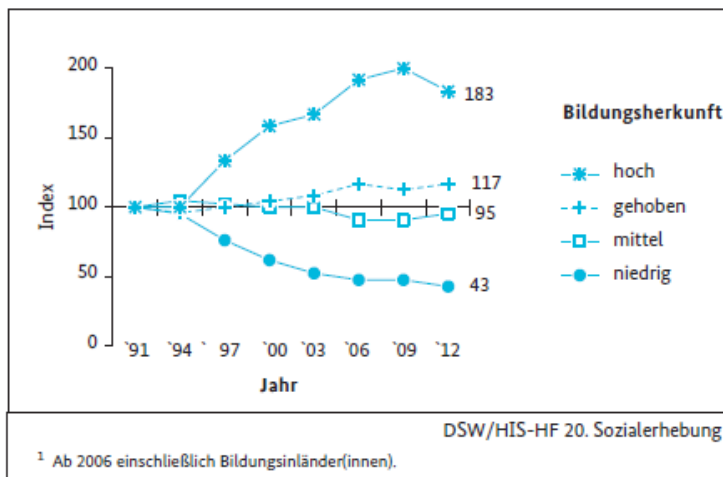


Betrachtet man die Zusammensetzung der Studierenden nach Bildungsherkunft ungeachtet ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Altersklasse, so lässt sich für das Sommersemester 2012 folgendes konstatieren: Jede*r zweite Studierende kommt aus einem nicht-akademischen Elternhaus, darunter die meisten aus der **Bildungsherkunftsgruppe**

⁴ BMBF/ HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

„mittel“ (41 %) und fast jeder zehnte aus der Gruppe „niedrig“ (9 %).

Bild 3.16 Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Bildungsherkunft 1991 - 2012¹
Index (1991 = 100)



Innerhalb der Studierenden aus einer akademisch gebildeten Familie gibt es mit **28 %** **anteilig mehr mit „gehobener“ Bildungsherkunft**, das heißt Vater oder Mutter haben ein Hochschulstudium absolviert, als Studierende, die einer **doppelt-akademisch gebildeten Herkunftsfamilie entstammen (22 %)**.⁵ Das HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF) definiert die Bildungsherkunftsgruppen dabei wie folgt: **niedrig**: maximal ein Elternteil mit einem

Berufsabschluss, der zudem nicht-akademisch ist; **mittel**: beide Eltern mit nicht-akademischem Berufsabschluss; **gehoben**: ein Elternteil mit akademischem Abschluss; **hoch**: beide Eltern mit akademischem Abschluss.

Die soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft nach Bildungsherkunftsgruppen (2012):

Niedrig – 9 % , Mittel – 41 % , Gehoben – 28 % , Hoch – 22 % .

Weiterhin ist zu beobachten, dass **anteilig immer weniger Studierende der Bildungsherkunft „niedrig“ an den Hochschulen anzutreffen sind**. Über eine Zeitspanne von mehr als 20 Jahren betrachtet (1991 - 2012), wird die Akademisierung des Bildungshintergrundes der Studierenden deutlich: Im Jahr 2012 gibt es nicht nur **anteilig mehr Studierende aus akademischem Elternhaus** (Bildungsherkunft „gehoben“ und „hoch“ zusammen: 36 % 1991; 50 % 2012), sondern unter ihnen auch **deutlich mehr**, die aus einer Familie kommen, in der Vater und Mutter einen Hochschulabschluss erworben haben (Bildungsherkunft „hoch“: 12 % 1991; **22 % 2012**).⁶

Kernaussage: Der Anteil der Studierenden aus einem nicht-akademischen Elternhaus

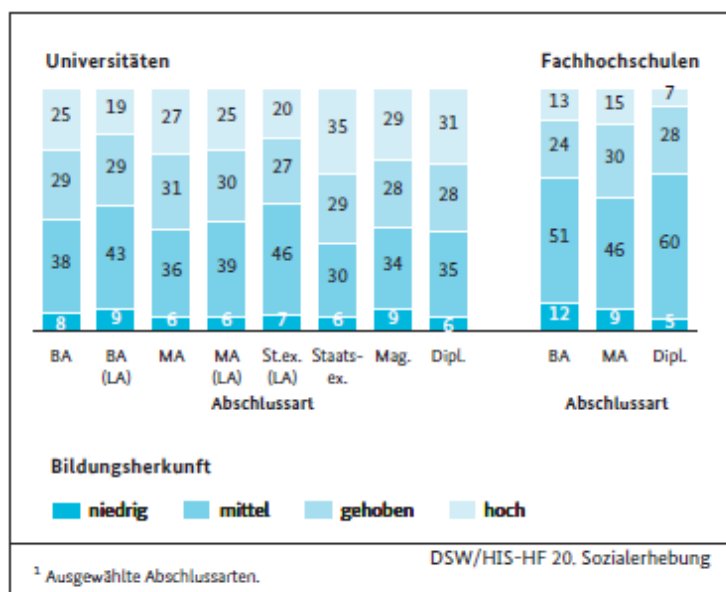
⁵ BMBF/ HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

⁶ BMBF/ HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

sinkt, während die Anteile der Studierenden aus Elternhäusern, in denen ein oder beide Elternteile einen akademischen Abschluss haben, steigt. Siehe hierzu insbesondere Bild 3.27.

Innerhalb des Erststudiums an Universitäten zeigt sich differenziert nach angestrebtem Abschluss eine recht große Varianz des Sozialprofils: **Traditionell überdurchschnittlich große Anteile an Studierenden aus hochschulnahe Elternhaus weisen Studiengänge auf, die mit einem Staatsexamen** (nicht Lehramt) abschließen. Mehr als ein Drittel von ihnen hat Eltern, die beide studiert haben (35 % Bildungsherkunft „hoch“, siehe Bild 3.20).⁷

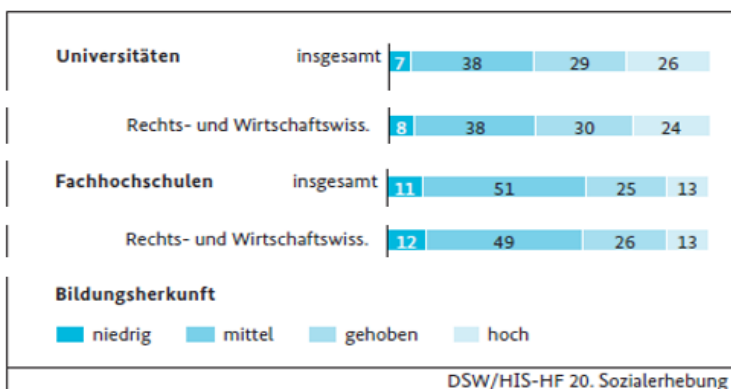
Bild 3.20 Bildungsherkunft der Studierenden nach Art der Hochschule und Abschlussart¹
Studierende im Erststudium, in %



Kernaussage: 64 % der Studierenden, die mit einem Staatsexamen ihr Studium abschließen kommen aus der Bildungsherkunfts-gruppe „gehoben“ und „hoch“. Im

Erststudium studieren 54 % (davon 24 % Bildungsherkunft „hoch“) Rechts- und Wirtschafts-wissenschaften an Universitäten mit der Bildungsherkunft aus teilweise- oder akademischen Elternhäusern. An Fachhochschulen überwiegen die Zahlen aus niedrigeren („mittel“ und „niedrig“) Bildungsherkunftsgruppen (61 % zu 39 % aus höheren).

Bild 3.21 Bildungsherkunft der Studierenden nach Fächergruppen je Hochschulart
Studierende im Erststudium, in %



⁷ BMBF/ HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

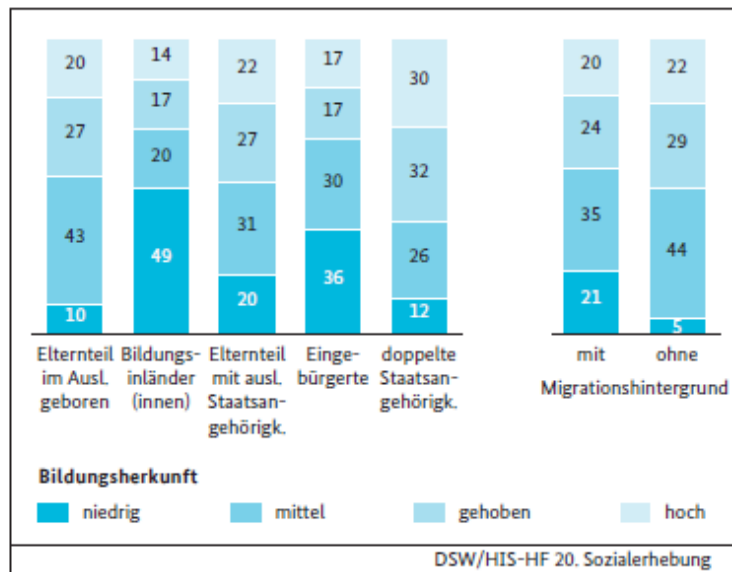
Bildungsherkunft nach Migrationsstatus

Im Sommersemester 2012 hat fast **jeder vierte Studierende** (23 %) einen **Migrationshintergrund**.

Studierende mit Migrationshintergrund gehören anteilig mehr als viermal so häufig wie ihre Kommiliton*innen ohne Migrationshintergrund zur Bildungsherkunft „niedrig“ (21 % vs. 5 %).

Der Anteil Studierender mit mindestens einem akademisch gebildeten Elternteil (Bildungsherkunft „gehoben“ und „hoch“) ist bei ihnen um sieben Prozentpunkte geringer als unter Studierenden ohne Migrationshintergrund (44 % vs. 51 %). Unter den Bildungsinländer(inne)n und den eingebürgerten Studierenden ist der Anteil derjenigen mit der Bildungsherkunft „niedrig“ besonders groß: **Jede(r) zweite Bildungsinländer(in) (49 %) und jede(r) dritte Eingebürgerte (36 %) hat maximal einen Elternteil mit beruflichem, nicht-akademischem Abschluss** (Bild 15.6).⁸

Bild 15.6 Bildungsherkunft nach Migrationsstatus
Studierende im Erststudium, in %



Kernaussage: 23 % der Studierenden haben Migrationshintergrund; 46 % und damit ein überproportionaler Anteil dieser Studierenden gehören zu den beiden niedrigeren Bildungsherkunftsgruppen. Knapp die Hälfte der Bildungsinländer*innen und 36 % der Eingebürgerten gehören zu der Bildungsherkunftsgruppe „niedrig“.

⁸ BMBF/ HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

Bildungsschwellen im Studium

Hochschulzugangsberechtigung

Der größte Teil der Studierenden kommt nach wie vor mit einer allgemeinen Hochschulreife oder einer Fachhochschulreife an die Hochschulen (95 %). An den Fachhochschulen ist der Anteil Studierender mit allgemeiner Hochschulreife (erneut) deutlich angestiegen (2009: 53 %, 2012: 57 %) zulasten des Anteils an Studierenden mit Fachhochschulreife (2009: 38 %, 2012: 32 %). Studierende mit einer „anderen“ Hochschulzugangsberechtigung sind weiterhin geringfügig vertreten (1%).⁹ Dies liegt vor allem daran, dass insbesondere Universitäten oft nur die allgemeine Hochschulreife oder die Fachhochschulreife als Zugangsberechtigung anerkennen.

Kernaussage: Universitäten erkennen am häufigsten (57 %) die allgemeine Hochschulreife als Zugangsberechtigung an; ein Drittel kommt mit einer Fachhochschulreife an die Hochschulen.

Studium und Arbeit

Die soziale Mischung der berufsbegleitend Studierenden weicht deutlich vom Durchschnitt ab. Drei Viertel von ihnen sind – gemessen am Bildungsstand ihrer Eltern – „Studierende der ersten Generation“ oder auch **Erstakademiker*innen** genannt (Bildungsherkunft: 56 % „mittel“, 20 % „niedrig“), ein doppelt-akademischer Hintergrund ist vergleichsweise selten (8 % Bildungsherkunft „hoch“).¹⁰

Kernaussage: Berufsbegleitend Studierende kommen zu 76 % aus nicht- oder teilweise-akademischen Elternhäusern.

Bild 5.13 Aspekte, die die Durchführung eines (Teil-)Studiums im Ausland behindern
Studierende im Erststudium nach Auslandsstudien Erfahrung.
Werte 4 und 5 auf einer Antwortskala von 1 „gar nicht“ bis 5 „sehr stark“, Mehrfachnennungen möglich, in %



⁹ BMBF/ HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

¹⁰ BMBF/ HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

Auslandsstudium

Studierende der Bildungsherkunft „hoch“ haben anteilig mehr als doppelt so häufig wie Studierende der Bildungsherkunft „niedrig“ studienbezogene Auslandserfahrung gesammelt (21 % vs. 9 %). Diese Herkunftunterschiede sind seit 2006 wieder gewachsen.¹¹

Wie schon in den Vorjahren stellt die erwartete finanzielle Mehrbelastung aus Sicht der Studierenden ohne bisheriges Auslandsstudium das größte Hindernis auf dem Weg zu einem Auslandsstudium dar: Zwei Drittel sehen darin einen hemmenden Faktor (Bild 5.13).¹²

Kernaussage: Über doppelt so viele Studierende aus Akademiker-Elternhäusern haben Auslandserfahrungen gemacht, im Gegensatz zu nicht-akademischen Haushalten. Häufigster hemmender Faktor ist die finanzielle Mehrbelastung.

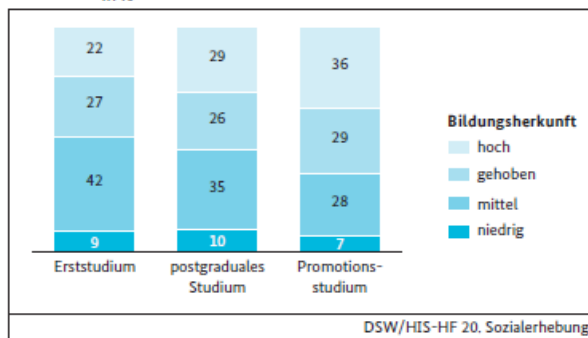
Promotion

Der Übergang ins postgraduale Studium bzw. die Aufnahme eines Promotionsstudiums ist eine **weitere Bildungsschwelle mit erheblich sozial selektiver Wirkung**. Studierende in postgradualen Studiengängen haben anteilig deutlich häufiger als ihre Kommiliton*innen im Erststudium eine als „hoch“ eingestufte Bildungsherkunft (29 % vs. 22 %, Bild 3.17).

Die Aufnahme eines Promotionsstudiums ist offenbar sehr selektiv: Fast zwei Drittel dieser Studierenden kommen aus einer Akademiker*innenfamilie (65 %), darunter mehr als die Hälfte aus einer doppelt akademisch gebildeten (36 %).

Kernaussage: Fast zwei Drittel der Promotionsstudierenden kommen aus einer Akademiker*innenfamilie (65 %), darunter mehr als die Hälfte aus einer doppelt akademisch gebildeten.

Bild 3.17 Bildungsherkunft der Studierenden nach Studienart in %



Ortsbedingte Unterschiede:

Ost- West-Vergleich

Im Osten ist entscheidendes Kriterium für die Studienplatzwahl der bezahlbare Wohnraum (47 % der Studierenden), in den alten Bundesländern achten dagegen nur 24 % der

¹¹ BMBF/ HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

¹² BMBF/ HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

Studierenden hierauf. An Universitäten legen 30 % Wert auf bezahlbare Unterkunft, an Fachhochschulen sind es lediglich 21 % der Studierenden.

In der Folge der Wohnungsknappheit vor allem im Westen der BRD rügen deutschlandweit im Durchschnitt 72 % den Mangel an Wohnheimplätzen im städtischen Studierendenwohnheim.

Grundsätzlich sind Miet- und Nebenkosten die größte finanzielle Belastung.

Aus diesem Grund haben sich lediglich 39 % der Studierenden aus Akademikerfamilien und nur 29 % derer aus Nichtakademikerfamilien für ein Studium in einem anderen Bundesland als dem, in dem sie ihre Hochschulberechtigung erworben haben, entschieden. Ein fortgesetztes Wohnen bei der Familie erspart demgegenüber Miet- und Fahrtkosten.

Strukturschwache gegenüber strukturstarken Bereichen

In eher ländlich geprägten Bundesländern wie Schleswig-Holstein (47 %) und Bayern, Niedersachsen sowie Thüringen (je 45 %), aber auch in Bremen (47 %) studieren auffällig viele Personen, deren Herkunft im mittleren Bildungsniveau liegt. In den Stadtstaaten Berlin (31 %) und Hamburg (32 %) sind im Gegensatz dazu besonders viele aus gehobenen Bildungsverhältnissen anzutreffen.

In Thüringen schaffen es lediglich 3 % aus dem Bereich der niedrigen Bildungsherkunft ins Studium, in Hessen 11 % und in Nordrhein-Westfalen sogar 12 %.

Das durchschnittliche Budget, das Studierenden monatlich zur Verfügung steht, umfasst 615 €. 18 % der Studierenden erhalten mehr als 800 € monatlich.

87 % der Studierenden nutzen die Eltern als Finanzierungshilfe. Diese zahlen ihnen dabei durchschnittlich 476 € im Monat. Nur gut ein Drittel der Studierenden bezieht BaFöG-Leistungen.^{13 14 15}

Daraus folgt für...

- ländliche, strukturschwache Regionen: Nach dem Schulabschluss in nicht industriell geprägten, ländlichen Gegenden (Näherungsweise: Teile Ost-, Mittel- und Norddeutschlands) ziehen nur wenige in eine weiter entfernte Stadt. Das hat vor allem finanzielle und organisatorische Gründe. Das Einkommen in ländlichen (bzw. strukturschwachen) Regionen ist oft niedriger und die Unterstützung durch die Eltern nicht immer vorhanden. Der

¹³ <http://www.sts-kd.de/reemtsma/Studie-Lang-Allensbach-2014h.pdf>.

¹⁴ <http://www.bachelor-studium.net/studienfinanzierung.php>.

¹⁵ BMBF/ HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

Weg zwischen Wohnort der Familie und Studienort, unter Umständen im Pendelverkehr, ist meist ein weiteres Hindernis Folge: Die Möglichkeiten, auf dem Land einen die Hochschulreife begründenden Schulabschluss zu machen und dann in eine Stadt zum Studieren zu wechseln, sind oft geringer, weshalb nicht viele Studierende diesen Umzug wagen.

- Studierende, die zu Hause wohnen: Dies hat primär finanzielle und zeitbedingte Gründe. Der größte Kostenfaktor, die Unterkunft, fällt komplett weg. Wohnt man bereits in einer Hochschulstadt, sind weniger finanzielle Aufwendungen und kein Ortswechsel erforderlich. Hier kommt es im Vergleich zu ländlichen Regionen weniger stark auf das Einkommen der Eltern an.
- den Ost/ West-Vergleich: Es besteht das übliche Ost-/ Westgefälle, wenn auch nicht mehr so auffällig wie in den ersten Jahren nach der Deutschen Einheit.. Dies mag an den oft schwachen Strukturen in den neuen Bundesländern liegen. Ein Vorteil ist jedoch, dass Wohnraum dort oft günstiger und vor allem weniger knapp ist.
- generelle Annahmen: Eltern mit akademischer Bildung (bzw. Abschluss) und höherem Einkommen können ihre Kinder besser bei deren Schulbildung (Erklärungsfähigkeit aufgrund eigenen Bildungsstands bzw. Finanzierung von Nachhilfe) unterstützen und ihnen so den Weg zum Besuch eines Gymnasiums und später universitärer Bildung ebnen. In der BRD herrscht mehr Bildungsgerechtigkeit als in vielen anderen Staaten, trotzdem kann man nicht von Chancengleichheit der Kinder sprechen. Zu sehr beeinflusst die soziale Herkunft den späteren Werdegang.

Lösungsansätze zur Problematik Bildungsgerechtigkeit

- Die Bafög soll sich auch weiterhin für BAFöG-Gerechtigkeit einsetzen, damit der BAFöG-Anspruch möglichst lange erhalten bleibt und die Studierenden in wichtigen Studienphasen, insbesondere in der Examensphase nicht in Finanzierungslücken geraten.
- Fachschaften sollten Studierenden mehr Infos zu Finanzierungsmöglichkeiten wie BAFöG und Stipendien anbieten.
- Fachschaften sind stärker in der Pflicht, dringend benötigte Studienmaterialien kostengünstig bzw. kostenlos auszugeben bzw. zu verleihen.
- Fachschaften sollten angehalten sein, Erstakademikerinnen und Erstakademikern und Studierenden mit Migrationshintergrund ein besonders herzliches Willkommensgefühl zu bieten und das Gefühl zu vermitteln, ihnen als wichtige Ansprechpartner*innen zu dienen.

Gute Kooperationsmöglichkeiten bestehen mit Initiativen wie Arbeiterkind e.V. (<http://www.arbeiterkind.de/>).¹⁶

- An den Fakultäten muss sich um kostengünstige bzw. kostenlose Ersatzangebote zum oft teuren Repetitorium bemüht werden; zumindest an staatlichen Unis (die ja eigentlich für alle zugänglich sein und deutlich weniger Kosten als Privatunis beanspruchen sollen) herrscht eine große Divergenz zwischen Studierenden, die ohne große Probleme Summen im vierstelligen Bereich für Repetitorien investieren können und solchen, die entweder ganz verzichten müssen oder sich in Misswirtschaft durch Kredit zu stürzen gedrängt fühlen.

- Fachschaften sollten sich für ein Examen ohne Rep stark machen bzw. Anleitung und Hilfestellung zu einem solchen anbieten.

Zusätzliche Zusammenfassung / Thesen / Verbesserungsvorschläge

1. Bildungsgerechtigkeit

a. Genaue Daten recherchieren

i. Anfrage an der eigenen Fakultät

ii. Anfrage an das Bundesministerium für Bildung und Forschung

b. Tutorienprogramme stärken um Orientierung und Selbstvertrauen zu schaffen.

c. Hochschulzugang

i. Bildungstrichter: Von 100 Akademiker*innenkindern schaffen es 77 zur Hochschulzugangsberechtigung, von 100 Nicht-Akademiker*innenkindern schaffen es 23.

ii. Sommeruni, Schnuppertage, Brückenkurse für Jura

iii. Kontroverse: Studium ohne Abi?

d. Studium und Arbeit

¹⁶ **Was macht ArbeiterKind.de?**

„Wir ermutigen Schülerinnen und Schüler aus Familien ohne Hochschulerfahrung dazu, als erste in ihrer Familie zu studieren. 6.000 Ehrenamtliche engagierten sich bundesweit in 75 lokalen ArbeiterKind.de-Gruppen, um Schülerinnen und Schüler über die Möglichkeit eines Studiums zu informieren und sie auf ihrem Weg vom Studieneinstieg bis zum erfolgreichen Studienabschluss und Berufseinstieg zu unterstützen. Unsere Ehrenamtlichen sind größtenteils selbst Studierende oder AkademikerInnen der ersten Generation und berichten aus eigener Erfahrung über ihren Bildungsaufstieg und ermutigen als persönliches Vorbild.“

- i. Besonders ältere Studierende gehen arbeiten.
- ii. Vereinbarkeit von Teilzeitstudium und Freischuss
 - Katalog für nächste BuFaTa recherchieren
- e. Auslandsstudium
 - i. Wesentlich mehr Studierende mit akademischem Hintergrund gehen ins Ausland.

Finanzielle Situation im (Jura)Studium

Anmerkung vorab: Die Quellen, Statistiken, Zahlen usw. beziehen sich in der Regel auf alle Studierenden, unabhängig von ihrer Studienrichtung.

Leitfragen

Wie viel Geld braucht ein/eine JurastudentIn im Monat?

Unterschiedliche Quellen haben ungefähr folgendes Bild ergeben: Durchschnittliche Miete inkl. Nebenkosten ist bei ca. 280.- € anzusetzen. Hinzu kommen die halbjährlichen Semesterbeiträge. Zudem sollten andere laufende Kosten mit einbezogen werden: Durchschnittliche Lebenskosten (Essen & Trinken, ca. 150-200.- €), Handy (ca. 20-25.- €), Materialien (Bücher, Stifte, Blöcke usw., ca. 20.-€ im Monat; klar, viele leihen sich was aus, aber gerade JurastudentInnen müssen oft auch Bücher, vor allem Gesetzestexte, kaufen), so dass man von einem durchschnittlichen Wert von mindestens 500.- € pro Monat ausgehen muss. Hierbei sind andere Kostenfaktoren (Freizeit, z. B. Fitnessstudio, Uni-Sport, Klamotten usw.) natürlich noch nicht mit einbezogen, geschweige denn unvorhergesehene Kosten (z. B. für eine Fahrradreparatur). Würde man alle Faktoren berücksichtigen, sollte man mindestens 600.- € pro Monat einkalkulieren (eher mehr).

Laut Studie des BMBF für das Jahr 2012 verfügten die Studierenden über durchschnittlich 881.- € (alte Länder) bzw. 778.- € (neue Länder).

Wie verteilen sich grob die Einnahmequellen von Studenten?

Die Einnahmequellen verteilen sich laut BMBF folgendermaßen:

(Quelle: Die wirtschaftliche und soziale der Studierenden in Dtl. 2012, BMBF, S. 192)

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick Für die Bezugsgruppe „Normalstudierende“					
Monatliche Einnahmen		alte Länder		neue Länder	
		2009	2012	2009	2012
Arithmetischer Mittelwert		€ 832	881	722	778
Median		€ 800	834	694	745
Zusammensetzung nach Finanzierungsquellen:					
Beitrag der Eltern		48	48	46	46
BAföG		14	15	24	24
(Anteil der Quellen in % des Durchschnittsbudgets)					
eigener Verdienst		27	25	18	17
sonstige Quellen		11	12	12	13
Finanzierungsquellen 2012 vs. 2009 (es erhalten ... % der Studierenden im Durchschnitt ... €)		Stud. in %		€	
von den Eltern		2012	87	2009	476
		2009	87	2012	445
nach dem BAföG		2012	32	2009	443
		2009	29	2012	430
eigener Verdienst		2012	63	2009	323
		2009	65	2012	323
Monatliche Einnahmen 2012		davon durch ... (in %)			
		in €	Eltern	BAföG	Verdienst
nach Bildungsherkunft	niedrig	850	27	34	26
	mittel	848	39	22	25
	gehoben	869	53	12	24
	hoch	891	63	7	20
nach Altersgruppe	bis 21 Jahre	791	61	18	11
	22-23 Jahre	832	54	17	19
	24-25 Jahre	886	47	14	26
	26-27 Jahre	935	36	16	33
	28-29 Jahre	937	29	17	38
	30 Jahre und älter	1020	20	15	41

DSW/HIS-HF 20. Sozialerhebung

Bild 6.3 Finanzierungsquellen – Inanspruchnahme und geleistete Beträge Bezugsgruppe „Normalstudierende“						
Finanzierungsquelle	2009			2012		
	Stud.	Beträge in €		Stud.	Beträge in €	
		%	arithm. Mittel		%	arithm. Mittel
Elternleistung	87	445	440	87	476	480
- als Barzuwendung	79	338	300	79	358	300
- als unbare Zuwendung	52	228	200	53	250	230
eigener Verdienst aus Tätigkeiten während des Studiums	65	323	265	63	323	300
BAföG	29	430	472	32	443	490
Rückgriff auf Mittel, die vor dem Studium erworben/angespart wurden	20	122	80	20	129	100
Verwandte, Bekannte	21	82	50	23	83	50
Waisengeld oder Waisenrente	4	223	180	3	217	180
Partner/Partnerin	2	155	100	3	157	100
Stipendium	3	305	200	4	336	300
Bildungskredit von der KfW	1	257	300	1	276	300
Studienkredit von der KfW	3	411	450	4	451	500
Kredit zur Studienfinanzierung von einer anderen Bank/Sparkasse	1	407	400	1	398	400
sonstige Finanzierungsquellen	3	442	250	4	340	150

DSW/HIS 20. Sozialerhebung

(Quelle: Die wirtschaftliche und soziale der Studierenden in Dtl. 2012, BMBF, S. 204)

Studierenden in Dtl. 2012, BMBF, S. 204)

Wie viele Wochenstunden im Nebenjob verträgt das Jurastudium?



(Quelle: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/studenten-studie-wie-sie-leben-wo-sie-wohnen-was-sie-verdienen-fotostrecke-54157-4.html>, bezogen auf DSW/HIS 19. Sozialerhebung des Studentenwerks. Statistik bezieht sich auf das Jahr 2009.)

In welchen Fällen gibt es eine Verlängerung des BAföG-Anspruchs? Und unter welchen Voraussetzungen entfällt evtl. der Anspruch schon während des Studiums?

Hintergrund: BAföG entfällt in der Regel nach der Regelstudienzeit. Ein/Eine durchschnittlicher JurastudentIn braucht aber mind. ein, wenn nicht sogar zwei Semester länger (siehe Ausbildungsstatistik des Bundesjustizministeriums, wonach im Jahre 2012 der Median aller Bundesländer bei mindestens 10, häufig sogar 11 oder 12 Semestern lag - und der Durchschnitt lag entsprechend noch höher), um sein Studium zu beenden. Unter bes-

timten Voraussetzungen ist eine Verlängerung des BAföG-Anspruchs über die Regelstudienzeit hinaus möglich, z. B. bei längerer Krankheit, einem Auslandsaufenthalt oder ggf. nachweisbarer, intensiverer Gremientätigkeit. Diese Gründe gehen in der Regel aber auch mit einer Verlängerung des Studiums einher.

Natürlich richtet sich der BAföG-Anspruch auch bei den anderen Studiengängen nach der Regelstudienzeit. Aber viele Studienordnungen an den juristischen Fakultäten sind so konzipiert, dass es schwierig ist, das Studium überhaupt in Regelstudienzeit zu schaffen. Für welche Fakultäten dies gilt und wie man diesem Problem entgegentreten kann, darüber sollte diskutiert werden.

Eine andere Frage betrifft das Problem, dass ein BAföG-Anspruch auch entfällt, wenn nach einer bestimmten Semesterzahl nicht genügend Leistungen nachgewiesen werden können. Ob dies an jeder Fakultät vorgesehen ist und welche Nachweise im Einzelnen erbracht werden müssen, auch darüber könnte gesprochen werden, um ggf. dann zu klären, ob diese Nachweise auch verhältnismäßig zum Studienverlauf und -aufwand sind.

Der Anteil der Studierenden, die mit Hilfe eines Kredits ihren Lebensunterhalt finanziert, steigt ebenfalls mit dem Alter an. Nachfolgende Übersicht zeigt die Anteile der Studierenden, die Einnahmen aus Krediten angeben, sowie die Durchschnittssummen, die diesen Studierenden aus Krediten monatlich zur Verfügung stehen:

Alter	Anteil Kreditnehmer(innen)	Ø Kreditbetrag
bis 21 Jahre	2,8 %	414 €
22-23 Jahre	3,0 %	376 €
24-25 Jahre	5,5 %	424 €
26-27 Jahre	8,8 %	455 €
28-29 Jahre	11,0 %	402 €
30 Jahre u. älter	11,0 %	497 €

Während sich der Anteil der Kreditnehmer(innen) eines Jahrgangs bis zum 28. Lebensjahr vervierfacht, ist für die durchschnittliche Kreditsumme kein eindeutiger Trend festzustellen. Jedoch haben sich die in Anspruch genommen Kreditbeträge in der untersten und der obersten Altersgruppe im Vergleich zu 2009 stark erhöht (um 26 % bzw. 23 %).

Welche Rolle spielen Studienkredite?

Zusammenfassung / Thesen / Verbesserungsvorschläge

2. Finanzielle Situation

a. BAFöG

i. Regelstudienzeit als Problem, gerade in Studienendphase.

- Widerspruch zum Grundgedanken des BAFöG besonders förderungswürdige Menschen zu fördern.
- Lösungsvorschläge: Orientierung an Höchstfristen oder durchschnittlicher Studiendauer (s. S. 5 des Gutachtens)
- Erhöhung der Regelstudienzeit.

ii. BAFöG Lücken: Nicht alle sind (voll) BAFöG berechtigt, obwohl Eltern Studierende nicht unterstützen (können). Verpflichtung Eltern zu (mit-

telbar) verklagen ist in diesen Fällen hohe Hemmschwelle BAFöG zu beantragen. [?] Freigrenzen erhöhen? [?] Elternunabhängiges BAFöG

iii. Unterschiedliche Regelungsregime für Freischuss, Studienfristen nach SPO und BAFöG Anspruch, Beispiel Moot-Court, untersuchen und vereinheitlichen! [?] Verfasste Studierendenschaft notwendig, um Engagement überhaupt anrechnen zu lassen, Beispiel Bayern.

iv. Kontroverse: Anpassung des BAFöG an Lebenshaltungskosten in unterschiedlichen Städten? - Vorbild Auslandsbafög?

Staatsexamen als Mutprobe – Prüfungsangst und Medikamentenmissbrauch

Das Jurastudium in Deutschland wird mit dem ersten Staatsexamen abgeschlossen. Dabei entscheidet nur das Ergebnis dieser Prüfung über das bestehen oder Nichtbestehen des Studiums. 30% der Endnote bildet die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung, die von den Universitäten organisiert wird. Die anderen 70% der Endnote ergeben sich aus dem Ergebnis der staatlichen Pflichtfachprüfung. Auf letztere beziehen sich die folgenden Ausführungen.

Je nach Bundesland werden für den staatlichen Teil 5 bis 7 Klausuren geschrieben und anschließend eine mündliche Prüfung absolviert.¹⁷ Das Examen bedeutet für Jurastudierende eine große Belastung, diese führt bei vielen zu Prüfungsangst und Medikamentenmissbrauch. Im Folgenden sollen die Ursachen und Auslöser für Prüfungsangst bei Jurastudierenden untersucht werden und welche Zusammenhänge zum Medikamentenmissbrauch bestehen.

Die Fakten

Prüfungsangst ist ein weitverbreitetes Phänomen, vor allem unter Jurastudierenden. Denn hier führt das Nichtbestehen des Examens nicht nur zur Verlängerung der Studienzeit. Im Examen müssen die Studierenden anhand von einigen wenigen Klausuren ihren Wissensstand darlegen. Gelingt dieses zweimal nicht, ist das Studium ohne jeglichen Abschluss beendet. Das oft fünf Jahre dauernde Studium scheint dann völlig umsonst, denn in keinem anderen Studium kommt die Stunde der Wahrheit so spät. **Von knapp 12.000 Examenskandidaten im Jahr 2013 haben 29,7% dieses nicht bestanden.**¹⁸ Doch nicht nur das drohende Nichtbestehen kann zur Prüfungsangst führen. Das Bestehen des Exams allein reicht vielen nicht aus. Nur wer das VB schafft kann sicher sein, den gewünschten Beruf auszuüben. **Doch von den ca. 12.000 Examenskandidaten im Jahr 2012 schafften nur 18,7% das gewünschte Ergebnis VB oder besser.**¹⁹ Laut einer Quelle empfinden rund 48% der Studierenden den Leistungsdruck als stark.²⁰ Das führt auch dazu, dass überdurchschnittlich viele Jurastudierenden erst gar nicht zum Examen antreten, und ihr Studium vorzeitig abbrechen. **Beim Absolventenjahrgang 2012 brachen rund 22% der Studierenden das Jurastudium vorzeitig ab.**²¹ Noch 2006 brachen nur rund 9% ihr Jurastudium ab, und auch im Vergleich zu anderen Studiengängen liegt die Abbruchquote auf einem hohen Niveau.²²

Die Folge ist eine Belastung des ganzen Hochschulsystems, da sich Studienzeiten verlängern und Abbruchquoten erhöhen. Zwar brechen nicht alle, wohl aber ein Großteil wegen Prüfungsangst ab. Und das obwohl es Hilfsangebote seitens der Universität oder des Studentenwerks gibt.

Das Problem mit dem System Staatsexamen

¹⁷ Siehe BfJ, Statistik zur Juristenausbildung 2013: zu Anl 1c Art und Gewichtung.

¹⁸BfJ, Statistik zur Juristenausbildung 2013:Anl 1a Staatliche Prüfung neu.

¹⁹ Ebd.

²⁰HIS, Formen der Stresskompensation und Leistungssteigerung bei Studierenden 2012: HISBUS-Befragung zur Verbreitung und zu Mustern von Hirndoping und Medikamentenmissbrauch, S. 2.

²¹DZHW, Die Entwicklung der Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen: Statistische Berechnungen auf der Basis des Absolventenjahrgangs2012, S.8, Rn. 2.3.

²²Ebd.

Viele meinen schuld sei das Studium an sich, dessen Grundlage das Juristenausbildungsgesetz bildet. Andere Studiengänge zeichnen sich durch regelmäßige Leistungskontrollen aus. Zum Staatsexamen hingegen muss über Jahre gesammeltes Wissen auf einmal abgerufen werden. Und während in vorbereitenden Übungen und Klausuren in der Regel nur ein Rechtsgebiet abgefragt wird, muss im Staatsexamen das Wissen der verschiedenen Rechtsgebiete miteinander kombiniert werden. Dazu kommt das man nur zwei Versuche hat oder, entscheidet man sich für den Freischuss als dritten Versuch, extremen Zeitdruck. Der Zeitdruck und die Versagensangst sind die vorrangigen Angstfaktoren in Bezug auf das Examen. Denn oft stehen die Studierenden nach endgültig nicht bestanden Examen, trotz jahrelangem Studium, ohne Abschluss da.

Problematisch ist auch die lange Wartezeit zwischen Schriftlicher und mündlicher Prüfung, die nicht selten auch zu zusätzlichen finanziellen Sorgen führt, da für diese Zeit keine Förderung durch das BaFöG mehr vorgesehen ist.

Auch die Stoffmenge scheint für die Studierenden oft nicht bewältigbar. **72% der unter Leistungsdruck leidenden Studierenden empfinden vor allem die Bewältigung des Stoffumfangs als schwierig.**²³ Zwar gibt es je nach Bundesland verschiedene Einschränkungen des Prüfungsstoffs, jedoch sind die Formulierungen wie „Ein Überblick genügt“ oft zu Vage um ausreichend Sicherheit zu bieten.

Immer noch spielt das Glück, dass das erlernte dem Klausurstoff entspricht, eine große Rolle. Zwar werden seit der Studienreform nunmehr in nahezu jedem Bundesland mindestens zwei Klausuren pro Rechtsgebiet gestellt. Dennoch erscheinen diese immer noch unzureichend, um eine repräsentative Stichprobe des Wissenstands der Studierenden zu machen. Auch das Verbot Kommentare in den Prüfungen zu nutzen scheint im Hinblick auf den späteren Berufsalltag unsinnig und führt ebenfalls zu größerem Stress bei den Studierenden.

Doch oft wird bereits im Studium der falsche Weg geebnet. So lernen die Studierenden in den ersten Semestern den abstrakten Stoff, ohne die Struktur und die Zusammenhänge vermittelt zu bekommen. Auch mangelnde Didaktik in den Hochschulen führt zur Verunsicherung und verfehlten Vorbereitung der Studierenden.

Schließlich schürt auch eine oft unrealistische Wissensabfrage in den mündlichen Prüfungen die Angst bei den Studierenden und sorgt für unnötig hohen Druck.

Persönliche Einflüsse die die Prüfungsangst nur verstärken

Doch nicht nur das System an sich führt zur Prüfungsangst. So wird das Examen oft als unüberwindbare Hürde empfunden, dennoch wird angebotene Psychologische Hilfe oft nicht angenommen. Diese anzunehmen gilt als Schwäche und ist unter den Studierenden oftmals verpönt. Auslöser für die Angst ist hohe Leistungsdruck und einzunehmender Perfektionismus und zu hohes Anspruchsdenken. Die Angst führt dazu, dass man den Fokus

²³ HIS, Formen der Stresskompensation und Leistungssteigerung bei Studierenden 2012: HISBUS-Befragung zur Verbreitung und zu Mustern von Hirndoping und Medikamentenmissbrauch, S. 3.

für die Prüfung verliert. Ein Austausch mit anderen Betroffenen findet dennoch oft nicht statt, da ein starkes Konkurrenzdenken vorherrscht.

Dazu kommt, dass eine Selektion durch extraqualifikatorische Fähigkeiten stattfindet. Das sind Fähigkeiten, die im Studium nicht vermittelt werden und meist von Herkunft und Geschlecht abhängen (Selbstbewusstsein, System Konformität, sprachliche Eleganz etc.). Diese Selektion führt oft dazu, dass bei sowieso verunsicherten Studierenden die Hürden noch höher werden.

Problematisch ist auch, dass nach einem erfolgreichen Examen oft eine Glorifizierung stattfindet. Litt man vorher unter Stress und Angst, führt der Erfolg zur späteren Verharmlosung der damals empfundenen persönlichen Situation. Folgende Jahrgänge stehen auch dadurch unter erhöhtem Leistungsdruck und größerer Versagensangst.

Medikamentenmissbrauch

Die schier unüberwindbar scheinende Angst führt zu erhöhtem Medikamentenmissbrauch unter Studierenden. Ein Einstieg findet häufig mit scheinbar harmlosen Koffeintabletten, Taurin oder ähnlichem statt. Doch schon diese können zu Unruhezuständen und Konzentrationsschwierigkeiten führen. Später wird oft auch zu illegalen Drogen gegriffen. Kiffen oder Koksen um den körperlichen Stress zu meistern. In 2012 zählten jeweils 5% der Studierenden zu Soft-Enhancern (Studierende die pflanzliche Beruhigungsmittel oder legale Aufputschmittel einnehmen) und zu Hirndopern (Studierenden die Schmerzmittel, Schlafmittel, Antidepressiva, Cannabis, MDMA, Kokain, Amphetamin und ähnliche meist illegale und verschreibungspflichtige Substanzen einnehmen).²⁴ **Die übrigen 90% der Befragten Studierenden gaben an, keine Medikamente oder andere Substanzen einzunehmen um ihre Leistung zu steigern.**²⁵ Aber vor allem sogenannten „Smartdrugs“ wie Ritalin oder Modafinil sind in den letzten Jahren immer populärer geworden.²⁶

Einer Studie der Universität Mainz zu Folge, griff 2013 bereits jeder fünfte Studierende zu leistungsfördernden Mitteln.²⁷

Alle Infos finden sich in der HIS-Studie zum Medikamentenmissbrauch. Auch Sozio-demographische Zusammenhänge wurden untersucht (Verknüpfung mit dem anderen Workshop möglich).

Die große Versagensangst kann nicht nur zur Einnahme illegaler Substanzen führen, sondern auch zu unmoralischen Entscheidungen: So kauften in Niedersachsen mutmaßlich

²⁴HIS, Formen der Stresskompensation und Leistungssteigerung bei Studierenden 2012: HISBUS-Befragung zur Verbreitung und zu Mustern von Hirndoping und Medikamentenmissbrauch, S. 13.

²⁵ Ebd.

²⁶ Constantin Baron von Lijnden, LTO: Smartdrugs: Ritalin und Modafinil – Ein Denkanstoß.

²⁷Pharmacotherapy 33/1, 44ff.

mehr als zehn Studierende Lösungen von einem Prüfer um das Examen erfolgreich abzuschließen.²⁸

Präventive Angebote, deren Annahme durch die Studierenden

Dennoch gibt es auch Angebote, die den Studierenden bei der Bewältigung von Prüfungsangst und –stress helfen sollen. **Allein in 2012 gab es rund 96.000 Beratungskontakte deutschlandweit, darunter überdurchschnittlich viele Jurastudierenden.**²⁹ In Berlin ist die Nachfrage an der Freien Universität dreimal so hoch, es können jedoch nur rund 800 Studierenden betreut werden. Auffällig ist auch, dass vor allem weibliche Studierenden psychologische Hilfe in Anspruch nehmen. In Hamburg waren 70% der psychologisch betreuten weiblich. **44 von 58 Studentenwerken bieten eine psychologische Beratung an.**³⁰ Daneben gibt es Angebote zur Betreuung an jeder Universität. Oft wird diese von Studierenden allerdings nicht angenommen aus Angst, eine Beratung und Therapie nehme zu viel der sowieso knappen Lernzeit in Anspruch. Wird dennoch eine Beratung in Anspruch genommen, geschieht dies zumeist erst kurz vor dem Examen. Teilweise wird vor allem die Hilfe von geschulten Studierenden, also eine Beratung auf Augenhöhe, gut angenommen (Telefon-Nightline in Heidelberg).³¹ Dennoch werden immer noch zu wenige Techniken für den Umgang und die Bewältigung von Stress und Angst nicht vermittelt, obwohl sie wesentlicher Teil des ersten Staatsexamens sind.

Unirepetitorium und der integrierter Bachelor als Sicherheitsnetze

Auch hier kann ein Bogen zu dem anderen Workshop gezogen werden.

Das Geschäft mit der Angst haben sie die kommerziellen Repetitorien bereits für sich entdeckt. So hält sich immer noch hartnäckig das Gerücht, man könne nur mit einem kommerziellen Repetitorium ein gutes Examen schreiben. Getreu dem Motto was Geld kostet muss gut sein und was nichts kostet taugt auch nichts. **Ein Großteil der Studierenden (rund 90% im Jahr 2012) vertraut nach wie vor auf das kommerzielle Repetitorium.**³² Zum Teil mag das aber auch am Mangel eines Universitäten Repetitoriums liegen. Münster gehört zu einer der Vorreiter im Bereich einer umfassenden universitären Ausbildung von Examenskandidaten. Dennoch seien es immer noch vor allem die Mutigen, Selbstständigen und Selbstbewussten die das Universitäre Repetitorium anstatt eines kommerziellen nutzen. Probleme liegen je nach Universität und der dortigen Organisation vor allem in der Vergleichbarkeit der Probeklausuren mit dem Staatsexamen. Hier liegt es an den Universitäten Koordinationsstellen einzurichten die dafür Sorge tragen, dass

²⁸ LG Lüneburg, 26.02.2015 – 33 KLS 20/14.

²⁹ Johanna Strohm, LTO: Wenn die Angst das Lernen lähmt.

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd.

³² Reiner Kramer, Spiegel online: Jura-Studium: Das Geschäft mit der Examensangst.

Probeklausuren unter realen Bedingungen und auf Examensniveau geschrieben werden können.

Auch die flächendeckende Einführung eines integrierten Bachelors kann den Studierenden Sicherheit geben. Denn während Studierende anderer Studiengänge bei gleicher Leistung einen Abschluss erhalten, ist dies dem Großteil der Jurastudierenden immer noch vorenthalten. Dadurch kann etwas Druck vom Examen genommen werden. Denn selbst bei einem endgültigen Nichtbestehen des Examins, hat der Studierende dennoch einen Abschluss.

Weitere Lösungsvorschläge

Vor allem die Universitäten sind in der Lage die Prüfungsangst und den Stress vor dem Examen zu mindern. Beispielsweise durch Vermittlung von extraqualifikatorischen Eigenschaften und der vermehrten Vermittlung von Methodik kann Studierenden im Umgang mit unbekannten Sachverhalten und schwierigen Prüfungssituationen Sicherheit geben. Auch vermehrte Schulungen im Umgang mit Stress und der Hilfe bei der Selbstorganisation können helfen. Die Studierenden selber müssen erkennen, dass die Arbeit in der Gruppe für einige hilfreich im Umgang mit Prüfungsangst sein kann. Auch die Aussprache mit anderen Betroffenen und die Anwendung bestimmter Methoden (wie der BAR-Methode nach Rückert) können helfen. Zudem gibt es viele Angebote wie *Examtime*, die bei der Vermittlung und Strukturierung von Lernstoff helfen. Um langfristige Abhilfe zu schaffen bedarf es wohl der Veränderung des Prüfungssystems im Staatsexamen.

Weiterführende Literatur:

Prahl, Hans-Werner, Prüfungsangst – Symptome, Formen, Ursachen, 1979

Zusammenfassung / Thesen / Verbesserungsvorschläge

1. Staatsexamen als Mutprobe – Prüfungsangst und Medikamentenmissbrauch
 - a. „Abschichten“
 - b. Einführung des Integrierten Bachelor/Master?
 - c. Prüfungsangst abbauen durch Hilfestellungen:
 - i. Gutachten zu Examensprotokollen – Wo gibt es sie?
 - ii. Aufklärung über psychische Belastung
 - Nimmt Studienzeit in Anspruch und wird oft nicht angenommen.
 - Anonyme Beratungsmöglichkeiten schaffen z.b. durch eine Telefonhotline.

- Zusammenarbeit der Fachschaften mit Gesundheitsministerien, Krankenkassen zu Burnout, Stress im Studium

iii. Alternativer Studienaufbau:

- Studienmodelle (Prof. Oestermann, Münster)
- Kurse, Tutorien zu Lernmanagement und Selbstorganisation
- Mentoring Programme (Beispiel Würzburg: Studis und WisMits von der Fakultät organisiert, Tipps für verschiedene Studienphasen. Beispiel Bayreuth: Studis ab dem 4. Semester von der Fachschaft organisiert.)

iv. Bewertungen vergleichbarer machen

- Pflicht zu Zweitkorrekturen
- Vergleichbarkeit von LLBs schaffen

Diskriminierung und Gleichstellung – Fallgestaltung und Schlüsselkompetenzen

1. Diskriminierende und stereotype Sachverhalte

In der juristischen Ausbildung dienen sog. Fälle der Anwendung des erlernten Wissens und fördern Transferleistungen der Lernenden. Sie bilden den Gegenstand nahezu aller Prüfungen – sowohl in den Klausuren und Hausarbeiten, die während des Studiums geschrieben werden, als auch in der staatlichen Prüfung zum ersten Staatsexamen. Die Vermeidung der Verwendung von Rollenstereotypen wird in der juristischen Ausbildung bislang wenig thematisiert³³ – ganz im Unterschied zu anderen Fachdisziplinen. Als Studierendenvertretung für alle Studierenden unabhängig ihrer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung und vieler weiteren Unterscheidungsmerkmale, wollen auch wir dieses Thema ernst nehmen. Die Ausbildungsfälle, die von den Universitäten, in Lehrbüchern und Lernmaterialien der Repetitorien zu finden sind, sollten frei von Geschlechterrollenstereotypen und anderen Stereotypen gestaltet werden.³⁴ Das Ziel antidiskriminierender

³³ F. Pabst/V. Slupik, Das Frauenbild im zivilrechtlichen Schulfall – Eine empirische Untersuchung, zugleich ein Beitrag zur Kritik gegenwärtiger Rechtsdidaktik, in: Kritische Justiz 1977, S. 242-256; jüngst D. Schweigler, Das Frauenbild in der bayrischen Justizausbildung, in: Deutsche Richterzeitung 2014, S. 52-55.

³⁴ <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/586215/Sexistische-Juristerei> ; Heribert Prantl, **Lernen mit Lola Lotter**, <http://www.sueddeutsche.de/politik/juristenausbildung-in-bayern-lernen-mit-lola-lotter-1.1907531> ; http://www.zdrw.nomos.de/fileadmin/zdrw/doc/2014/Aufsatz_ZDRW_14_01_Towfigh_u.a.pdf

Fallgestaltung³⁵ kann beispielsweise in den Gleichstellungsplänen der Fakultäten aufgenommen werden.

Im April 2016 widmete sich ein studentischer Kongress in Münster „Schlecht und gerecht – Sexismus in der (juristischen) Ausbildung“ dem Thema.³⁶ Als Forderungen wurden dort formuliert: Diskriminierende Darstellungen haben in Ausbildungsmaterialien nichts zu suchen. Die Ausbildungsfälle, die von den Universitäten, in Lehrbüchern und Lernmaterialien der Repetitorien zu finden sind, sollten außerdem frei von Geschlechterrollenstereotypen und anderen Stereotypen gestaltet werden. Derzeit werden in Hamburg Ansätze zur Umsetzung und Institutionalisierung dieser Forderungen entwickelt: In dem Forschungsprojekt „(Geschlechter)Rollenstereotype in juristischen Ausbildungsfällen“ (Leitung: Dana-Sophia Valentiner) werden u.a. die Examensübungsklausuren der Hamburgischen Jurastudiengänge auf die Verwendung von (Geschlechter)Stereotypen untersucht. Die Studie verfolgt das Ziel, für eine geschlechtergerechte Fallgestaltung in der Rechtsdidaktik zu sensibilisieren und zu werben. Dafür sollen konkrete Handlungsanregungen bzw. Anregungen zur Reflexion bisheriger Fallgestaltung formuliert werden. Außerdem ist derzeit ein Beschwerdesystem in der Planung³⁷: Eingerichtet werden soll eine uniübergreifende Beschwerdestelle für diskriminierende bzw. stereotype Jurafälle, die Fälle umschreibt und an die Urheber*innen kommuniziert. Das entlastet insbesondere Studierende von der Hürde, Professor*innen direkt anzusprechen auf ihre Fallgestaltung, was vielfach als unangenehm beschrieben wird. Als Stellschrauben zur Institutionalisierung der beschriebenen Anliegen sollten wie gesagt die Gleichstellungspläne der juristischen Fakultäten stärker in den Blick genommen werden. Der Gleichstellungsplan für die Jahre 2016-2019 der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg sieht etwa Folgendes vor:

„IV. Sprachliche Gleichbehandlung

(1) Im allgemeinen Schriftverkehr sowie in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften soll eine geschlechtergerechte Sprache verwendet werden. Diese Anforderung gilt auch bezüglich Lehrmaterialien für Vorlesungen, Seminare und Arbeitsgemeinschaften. Stereotype Rollenzuweisungen in Lehrmaterialien sind zu vermeiden. Diese Anforderung gilt bzgl. selbst-erstellter Lehrmaterialien. Das Gleichstellungsreferat unterstützt dabei die Fakultätsmitglieder.

³⁵ Ein aktuelles Forschungsprojekt von Dana-Sophia Valentiner, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bundeswehr Universität Helmut Schmidt Uni, beschäftigt sich mit der Erarbeitung eines Leitfadens zur antidiskriminierenden Fallgestaltung und würde unsren Gutachtern zu Seite stehen.

³⁶ Kongresshomepage: <https://schlechtundgerecht.noblogs.org/>; Radiobeitrag „Sexismus in der juristischen Ausbildung“ über den Kongress (gesendet am 01.05.2016): https://www.kulturradio.de/zum_nachhoeren/uebersichten/tag_0.html.

³⁷ Ansprechpersonen u.a.: Selma Gather aus Berlin, Dana-Sophia Valentiner aus Hamburg.

(2) Um die Anforderung aus Abs. 1 besser und einheitlicher umsetzen zu können, erarbeitet das Gleichstellungsreferat hierzu eine Handreichung für die Fakultät.“³⁸

2. Antidiskriminierung und Ungleichheitskompetenzen als Studienbestandteile

Im Bereich der Schlüsselkompetenzen könnten Angebote stärker auf die Vermittlung von Kompetenzen wie Antidiskriminierung in der juristischen Praxis, Genderkompetenz, interkulturelle Kompetenz, Antirassismustrainings usw. ausgerichtet werden. Solche Angebote entfalten insbesondere auch rechtskritisches Potential: Eine rechtskritische Perspektive verlangt angehenden Jurist*innen insbesondere auch die Kompetenz ab, eine selbstkritische Haltung einzunehmen und das eigene Handeln u.a. als Rechtsanwender*in und Rechtsgestalter*in zu reflektieren, was entsprechend angeleitete Reflexionsräume voraussetzt. An der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg wird daher seit einigen Jahren versucht, rechtskritische Perspektiven in das Programm der juristischen Schlüsselqualifikationskurse zu integrieren, u.a. mit den Veranstaltungen „Diskriminierung und Antidiskriminierung in der juristischen Praxis“ und „Genderkompetenz für Jurist*innen“³⁹. Durch solche Veranstaltungen sollen die Studierenden in Übungen und Gruppenarbeiten einerseits erkennen, dass bestimmte Bilder durch das Recht konstruiert bzw. fortgeschrieben werden und andererseits dafür sensibilisiert werden, dass Ungleichheiten aus gesellschaftlichen Machtstrukturen resultieren, die im Recht – in Rechtstexten, Rechtsprechung und Rechtspraxis – eine Abbildung bzw. Verstärkung erfahren.

Zusammenfassung / Thesen / Verbesserungsvorschläge

2. Diskriminierung im Studium

a. Diskriminierung in Sachverhalten

i. Leitfaden:

1. Sachverhalte sammeln: best practices und Negativbeispiele
2. Sachverhalte sollten Pluralität der Gesellschaft abbilden.
 - a. Gesellschaftliche Realitäten abbilden?
 - b. Wirken pluralistische Sachverhalte künstlich?

³⁸ Derartige Formulierungen sind bislang nur sehr vereinzelt in den Gleichstellungsplänen der rechtswissenschaftlichen Fakultäten zu finden.

³⁹ Siehe hierzu ausführlich: D.-S. Valentiner, Genderkompetenz im rechtswissenschaftlichen Studium – Bericht zur Schlüsselqualifikationsveranstaltung „Genderkompetenz“ an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg, in: ZDRW 2/2016; D.-S. Valentiner, Recht kritisch hinterfragen lernen: am Beispiel von Gender Trainings im Jurastudium, in: djBZ 2/2016.

- ii. Belohnung statt Verbote: Besonders gelungene Sachverhalte auszeichnen?
- iii. Teilnahme an einem Bundesweiten Beschwerde/Melde-System
- b. Gleichstellung im Studium
 - i. Schlechtere Aussichten auf HiWi-Job, Promotion, Habilitation
 - 1. Fehlende Vorbilder durch geringen Anteil an Professorinnen.
 - 2. Unvereinbarkeit von Habilitation und Kind.
 - 3. Lösungsvorschläge:
 - a. Spezialisierungsangebote um Frauen, die nicht das Profil für eine Berufung vollständig erfüllen weiterzubilden.
 - b. Spezielle Programme zum Quereinstieg aus dem Beruf in die Wissenschaft.
 - c. Juniorprofessuren und Tenure Track
 - d. Hausberufungsverbote überprüfen
 - ii. Vereinbarkeit von Kind und Studium

B. Unser Fazit

Wir kommen zu dem Ergebnis, dass die Fachschaftsräte als Studierendenvertretungen versuchen sollten, alle Studierenden im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen und beraten. Dazu gehört wohl zwangsweise auch der Blick auf sozialen, finanziellen und gender Unterschiede um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, vielleicht nicht vollkommen herzustellen, aber doch wenigstens zu erstreben.

Hierbei können konkrete Initiativen (Beratung, Kooperation mit Vereinen wie u.a. Arbeiterkind, Änderung der Gleichstellungspläne, Sensibilisierende Schlüsselqualifikationen, Diversity Training) helfen, ein integraler Teil ist es aber einfach sich selbst und andere in Workshops, Vorträgen o.ä. erst einmal über die Lage und Themen zu informieren. Für diese konkreten Initiativen und Verbesserung der Informationslage haben Fachschaftsräte ein großes Potential und damit eine große Verantwortung. Der BRF bzw. insb. der Kuba könnte sie hierbei mit Leitfäden und Informationsmaterial unterstützen.